



Vorwort

Bodo Ramelow

Thüringer Ministerpräsident

Liebe Leserinnen und Leser,

noch kein Jahr war seit dem Terroranschlag zu Jom Kippur 2019 auf die Synagoge in Halle a. d. Saale vergangen, als ein Synagogenbesucher in Hamburg von einem Angreifer aus reinem Judenhass schwer verletzt wurde. Taten wie diese erschüttern unser Land tief. Jegliche Angriffe wegen empfundener Andersartigkeit, ob körperlich oder verbal, durch antisemitische Schmierereien, Verwüstung jüdischer Friedhöfe oder Hetze in den sozialen Medien, verurteile ich auf das Schärfste. Sie bilden den Nährboden für antisemitischen Ungeist in unserem Land und sind zugleich offene Angriffe auf unsere Demokratie.

Seit Jahren beobachten wir deutschlandweit eine deutliche Zunahme des Antisemitismus. Thüringen stellt hier keine Ausnahme dar. Seit der Brandattacke auf die Erfurter Synagoge vor 20 Jahren wurden rund 1.000 antisemitisch motivierte Straftaten im Freistaat registriert.

Antisemitische Einstellungen sind schon längst keine Randerscheinungen mehr – das zeigen auch die jüngsten Ergebnisse unseres Thüringen-Monitors als wichtiger Gradmesser für die Stabilität unserer Demokratie: Die Zustimmung zu antisemitischen und rechtsextremen Aussagen hat in den letzten Jahren erneut zugenommen. Das betrifft nicht nur den primären, sondern auch den sekundären Antisemitismus ebenso wie die sogenannte „Israelkritik“, die in weiten Teilen zur Kategorie des Antisemitismus zählt. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Regierungshandeln jeglicher Staaten dieser Welt ist immer legitim, Argumentationen auf der Grundlage antijüdischer Ressentiments und pauschaler Diffamierung der israelischen Bevölkerung hingegen sind es nicht. Erst recht klar antisemitisch ist das Leugnen des Existenzrechts des Staates Israel. Dass gerade wir Deutsche eine besondere historische Verantwortung gegenüber Israel tragen, gehört völlig zurecht zur Staatsräson der Bundesrepublik.


Was können und müssen wir tun, um allen Formen des Antisemitismus wirkungsvoll die Stirn zu bieten? Oberstes Ziel muss sein, dass sich alle jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sicher in unserem Land fühlen. Wir müssen daher alles dafür tun, dass sie auf dieses Land, auf unsere Demokratie vertrauen können. Deshalb ist es richtig und wichtig, jüdische Einrichtungen zu schützen und deren bauliche Sicherheit zu verbessern. Das Land Thüringen widmet sich dieser Aufgabe

verstärkt in den letzten Jahren. Es reicht jedoch bei Weitem nicht, dieser rechtsstaatlich gebotenen Pflicht nachzukommen. Ebenso wichtig ist, der Öffentlichkeit noch viel stärker ins Bewusstsein zu rufen, dass jüdisches Leben Teil unserer Kultur ist und unsere Gesellschaft bereichert hat und noch heute bereichert.

Die jüdische Gemeinde mit ihrer vielfältigen Kultur, ihren Traditionen und ihrem Brauchtum ist seit jeher fest in Thüringen verankert. In den Jahrhunderten des jüdisch-christlichen Zusammenlebens waren die besten Zeiten immer diejenigen, in denen sich die Menschen mit Achtung, Toleranz und Wertschätzung begegneten. Der Wohlstand vieler Thüringer Städte, insbesondere zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts, wäre ohne das Mitwirken der ansässigen jüdischen Kaufleute, Fabrikantinnen und Fabrikanten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstlerinnen und Künstler nicht erreicht worden. Dieses facettenreiche Erbe müssen wir noch viel stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken.

Das Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ leistet einen wichtigen Beitrag, das Judentum als Teil unserer Kultur zu präsentieren. Mit dem Themenjahr laden wir ein, jüdisches Leben heute und dessen jahrhundertalte Tradition mit herausragenden Beiträgen aus Kultur, Wissenschaft und Geistesgeschichte zu entdecken. Darüber hinaus machen auch die ACHAVA Festspiele, die Thüringer Tage der jüdisch-israelischen Kultur und der Yiddish Summer Weimar die Vielfalt jüdischen Lebens in unserem Land für alle Bürgerinnen und Bürger erlebbar.

Wir können uns glücklich schätzen, dass es wieder jüdisches Leben in Thüringen gibt. Wenn wir alle, unabhängig von Glaube und Herkunft, offen und mit gleichen Rechten zusammenleben, entsteht ein Mehrwert für alle – kulturell, geistig und ökonomisch. Gleichzeitig bleibt es unsere Aufgabe, die Erinnerung an jüdisches Leid, an die Shoah, an die Verbrechen der Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen wachzuhalten. Wir wollen, dass das Gedenken einen festen Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes behält. Gemeinsam müssen wir immer wieder aufs Neue dem Ungeist des Antisemitismus die Kraft der Demokratie und einer starken Zivilgesellschaft entgegenstellen – an allen Orten, auf allen Ebenen, online wie offline. Insofern wünsche ich mir, dass die vorliegende Schriftenreihe eine große Resonanz in der breiten Bevölkerung findet.



Ihr
Bodo Ramelow
Ministerpräsident des Freistaats Thüringen